

# Zeit für Protest

Parteizeitung der REPUBLIKANER – Ausgabe Oktober 2007 (Nr. 10/07) – EUR 1,25 Z11263E

## Das Europa der Vaterländer



V.l.n.r.: Uschi Winkelsetz, Filip Dewinter, Heinz-Christian Strache, Johann Gärtner, Dr. Rolf Schlierer

Das war der Startschuß: Die Republikaner und führende europäische Parteien der demokratischen Rechten werden künftig eng zusammenarbeiten. Darin waren sich die Vertreter von FPÖ, Vlaams Belang und der rechtsdemokratischen Straßburger Fraktion „Identität – Tradition – Souveränität“ (ITS) im Europaparlament auf dem Mainzer Europa-Kongreß der Republikaner einig.

Unter dem Eindruck dieser Geschlossenheit sicherte der Vorsitzende der „Deutschen Konservativen“ Joachim Siegerist in seinem Grußwort spontan die Unterstützung seiner Organisation bei der nächsten Europawahl zu:

„Die Republikaner haben die Führungsrolle.“



Joachim Siegerist

## Nahtloser Schulterschluß

Vier Redner, über 700 Delegierte im Saal und eine Meinung: Europa muß ein Europa der Nationen sein, das auf Vielfalt und nationale Identität gegründet ist und sich gegen bürokratische und ideologische Bevormundung durch Eurokraten, gegen Islamisierung, Multikulturalismus, außereuropäische Einwanderung und den EU-Beitritt der Türkei zur Wehr setzt.

Der Mainzer Europa-Kongreß war eine öffentliche Demonstration des nahtlosen programmatischen Schulterschlusses der Republikaner mit den europäischen Rechtsdemokraten von FPÖ, Vlaams Belang und ITS. Auch die DSU und die Südtiroler Freiheitlichen entboten ein Grußwort, das vom Europa-Beauftragten der Republikaner Johann Gärtner verlesen wurde.

Es sei an der Zeit, die „Büßerkutte“ abzulegen und „ein neues nationales Selbstbewußtsein für freie Völker in Europa“ zu entwickeln, appellierte der Bundesobmann der FPÖ Heinz-Christian Strache. Die Türkei habe in Europa nichts verloren, sie sei ein „islamisch-trojanisches Pferd“. Strache rief dazu auf, eine „Raus aus dieser EU“-Bewegung zu initiieren.

Die demokratische Rechte im Europa-Parlament brauche den Beitrag der Deutschen, betonte der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion „Identität – Tradition – Souveränität“ Andreas Mölzer. Wichtiger als grenzübergreifende Listen und Kandidaturen sei die Schaffung einer Aktionsplattform zur gegenseitigen Unterstützung in Wahlkämpfen, etwa durch weitere Veranstaltungen.

Filip Dewinter, Fraktionsvorsitzender des Vlaams Belang im Parlament der Region Flandern, rief zum „Kampf um die Erhaltung der abendländischen Identität“ auf, die durch den „Einwanderungstsunami“ aus außereuropäischen Ländern und die islamische Landnahme bedroht werde. Multikulturelle Gesellschaften seien Multi-Konflikt-Gesellschaften. Dewinter warb um



Dr. Rolf Schlierer

Heinz-Christian Strache



Andreas Mölzer

Filip Dewinter

die Unterstützung der europäischen Patrioten für die Unabhängigkeit der Flamen im Europa der Vaterländer.

Die Idee eines Europa der Vaterländer, das Stärke aus nationaler Vielfalt und nicht multikulturellem Einheitsbrei schöpft, sei aktueller denn je, faßte der Bundesvorsitzende der Republikaner Rolf Schlierer

zusammen. Für die Selbstbehauptung der Europäer sei gerade im 21. Jahrhundert der Nationalstaat unverzichtbar.

Der Europa-Kongreß habe Signalwirkung, sagte Schlierer: „Damit beginnt ein Prozeß, der in gemeinsamer Arbeit im Europäischen Parlament münden soll!“

## Keine Kooperation mit der NPD

Eine Zusammenarbeit irgendwelcher Art mit der NPD wird es weder jetzt noch in Zukunft geben. Das stellte der Bundesvorsitzende der Republikaner Rolf Schlierer auf dem Mainzer Europa-Kongreß nochmals kategorisch klar und wies damit zugleich in den Medien lancierte Falschmeldungen zurück.

Auch die europäischen Partner müßten genau differenzieren, mit wem sie zusammenarbeiten wollten. Das Straßburger Treffen europäischer Rechtsparteien auf Einladung der Fraktion ITS zehn Tage zuvor habe die Trennungslinien deutlich gemacht. Für die Republikaner könne es keine Kooperation mit einer rückwärtsgewandten Partei geben, die sich nicht klar und unmißverständlich zur Demokratie und zum Grundgesetz bekenne. Die Republikaner wollten vielmehr alle demokratischen Kräfte auf der Rechten zusammenführen, die nicht nur in der Skepsis gegenüber Fehlentwicklungen, sondern auch in den Zielvorstellungen übereinstimmen.

## Kommentar ...

# Kalte Arbeitswelt

Es ist kalt geworden in der deutschen Arbeitswelt. Profitgier tritt an die Stelle von Werten und Tugenden. Statt langfristigem und nachhaltigem Wachstum zählt nur noch der schnelle Profit.

Man vernachlässigt die emotionale Bindung an den Betrieb und wundert sich, daß mehr und mehr Mitarbeiter dem Unternehmen die „innere Kündigung“ ausgesprochen haben und nur noch Dienst nach Vorschrift machen. Mitarbeiter werden nur noch als Kostenfaktor gesehen und bei Bedarf „entsorgt“.



Firmeninhaber in Familienbetrieben wußten noch, daß sie auch als Vorstände nur so gut sein konnten wie ihre Mitarbeiter, daß Umsätze nur gemeinsam erwirtschaftet werden konnten. Deshalb wurden in vielen Großbetrieben auch die Mitarbeiter durch Sonderzahlungen am Umsatz beteiligt. Heute stecken sich „Manager“ und Vorstandsmitglieder oft das Zig- und Hundertfache in die eigene Tasche und klagen noch über die hohen Betriebskosten.

**Ohne den kleinen Arbeiter am Fließband kein Umsatz und kein Profit – das vergessen die Herren in den abgehobenen Chefetagen gern. Mit ihrer Herrlichkeit kann es schnell vorbei sein. Wer soll denn die Produkte noch kaufen, wenn immer mehr Menschen auf der Straße – statt am Fließband – stehen?**

# Verschläft Deutschland die technische Zukunft?



Seit Jahren ist bekannt, daß die fossilen Brennstoffe nicht ewig reichen und man sich nach Alternativen umschauen muß. Seit Jahren ist auch bekannt, daß Ethanol, also Industrialkohol, als Kraftfahrzeugbrennstoff bestens geeignet ist, aber man verschläft die Zukunft in diesem Lande und in Europa.



Ethanolbetriebenes Fahrzeug und „Bio-Zapfsäule“ in den USA

Angesichts hoher Feinstaubbelastung, Immissionswerten, Ölknaptheit und steigenden Erdölpreisen sowie der Sorge unserer Bauern um ihre Existenzen kann man sich nur wundern, daß Deutschland und die europäischen Länder nicht längst dem Beispiel Brasiliens gefolgt sind, um sich von der Erdölabhängigkeit zu lösen. Ethanol wird in Brasilien aus

Zuckerrohr hergestellt, so daß die dort heimischen Bauern sich um ihre Existenz wenig Sorgen zu machen brauchen.

Bereits 1979 lief in Brasilien das erste Fahrzeug mit einem Ethanolmotor vom Band. Wenige Jahre danach betrug der Anteil dort bereits 90 Prozent der Neuwagen. Mit den sog. „Flex-Fuel-Vehicles“ wurden Fahrzeuge geschaffen, die

sowohl mit Benzin als auch mit Ethanol betrieben werden können. Das ist nicht nur billiger, sondern auch umweltfreundlicher, weil der Schadstoffausstoß geringer ist als bei Öl.

Die Vorteile des Treibstoffs aus nachwachsenden Rohstoffen liegen auf der Hand: Man ist unabhängig vom Erdöl, die Herstellung dieses Kraftstoffes ist billiger als die Erdölförderung, und die Motorleistung eines mit Ethanol betriebenen Fahrzeugs ist nachweislich höher als mit Benzin.

Für Brasilien ist Benzin der Kraftstoff von gestern. Es setzt voll auf die neue Technik, obwohl das Land selbst Erdöl fördert. Auch China, Japan und die USA springen auf den Zug auf. Doch die EU schottet sich ab – angeblich um die heimischen Bauern zu schützen. Wurde aber nicht gerade die Zuckerrübenproduktion

in der EU eingeschränkt, was unsere Zuckerrüben-Bauern und Zuckerhersteller mächtig in die Bredouille brachte? Ethanol aus Zuckerrohr und aus Zuckerrüben ist chemisch identisch. Somit würde sich anbieten, diese Kraftstofftechnik auch in Deutschland und Europa zu nutzen und dadurch die heimischen Bauern zu stärken.

Ist es die Öl-Lobby, die verhindert, daß diese Technologie auch in Europa flächendeckend eingesetzt wird? Dann wäre das ein weiteres Indiz, daß unsere Politiker nicht zum Besten des Landes, sondern als Erfüllungsgehilfen der Industrie entscheiden. **Die Technik zu kennen, aber nicht ausreichend zu nutzen und zu fördern; über die Umweltbelastung zu jammern, aber nicht auf Änderung zu drängen, heißt die Zukunft eines Landes zu verspielen.**

## Arbeitsmarktpolitik:

# Teuer und sinnlos

**Was die Republikaner seit langem anprangern, ein Schweizer Ökonom hat es nachgerechnet und bestätigt: Die Arbeitsmarktinstrumente der Bundesagentur sind teuer und ineffizient und bewirken das Gegenteil des Gewollten.**

Milliarden werden Jahr für Jahr für Kurse, Qualifizierungsmaßnahmen, ABM und anderes mehr ausgegeben. Michael Lechner von der Universität St. Gallen hat die Daten der Bundesagentur mit den statistischen Methoden der Ökonometrie ausgewertet und festgestellt: Keines der Programme erhöht die durchschnittlichen Chancen der Teilnehmer, schneller einen neuen Job zu finden.

Im Gegenteil – oft halten sie die Arbeitslosen noch länger in der Falle fest. Lechner verweist auf das Schweizer Beispiel: Dort habe man mit einem Kombilohn-Modell die Arbeitslosigkeit drastisch gesenkt. Das Geld wurde nicht für Beschäftigungstherapie ausgegeben, sondern für die Integration in den realen Arbeitsmarkt.

Fragt sich nur, warum man sich in Deutschland damit so schwer tut. Eine Antwort: Hauptprofiteure der milliardenschweren Arbeitsmarktprogramme sind die gewerkschaftseigenen Institute, die die entsprechenden Kurse anbieten. Für diese mächtige Lobby wird das Geld verschwendet. Besser für Deutschland wäre es, die Geldvernichtungsmaschine „Bundesagentur“ schleunigst aufzulösen.

# Betriebskindergärten statt Staatskrippen

Krippenministerin von der Leyen will die staatliche Kinderbetreuung drastisch ausbauen – nicht zuletzt, um Forderungen aus der Wirtschaft zu erfüllen. Da liegt es doch nahe, die Wirtschaft auch stärker in die Pflicht zu nehmen.



Betriebskindergärten haben gegenüber staatlichen zahlreiche Vorteile: Die Öffnungszeiten lassen sich besser auf die Arbeitszeiten abstimmen – gut fürs Betriebsklima, aber auch gut für die Bindung der Mitarbeiter an ihr Unternehmen.

Viele Betriebe waren jahrelang stolz darauf, daß sich ihre Tradition bei den Mitarbeitern weitervererbte. Die Bindung der Mitarbeiter brachte engagierten Nachwuchs aus dem Kreis der Familien und Kunden. Man war stolz auf seine „MiKi's“ (Mitarbeiterkinder) und „KuKi's“ (Kundenkinder).

Doch da man in den letzten Jahren wenig Wert auf Tradition legte, ist dies mehr und mehr verloren gegangen. Die Unternehmen müssen wieder lernen, daß sie mit Fürsorge für ihre Arbeitskräfte besser fahren. Warum auch soll immer „der Staat“ alles regeln?

# Das Märchen vom Ingenieurmangel



**Der neueste Bericht des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung räumt mit einem Lieblingsmythos der Einwanderungslobby auf: Von allgemeinem Ingenieurmangel kann in Deutschland keine Rede sein.**

Zwar gibt es in bestimmten Fachrichtungen kurzfristige Engpässe; auf der anderen Seite suchen aber 24.000 ausgebildete deutsche Ingenieure derzeit vergeblich eine Stelle.

Auch der Mangel in bestimmten Bereichen wie Maschinenbau und Elektrotechnik stellt sich bei näherem Hinsehen anders dar: Ältere und weibliche Ingenieure haben bei Bewerbungen auch in diesen Branchen noch immer kaum eine Chance. Das Problem ist also weniger der Ingenieurmangel als Jugendwahn und Vorurteile in der Unternehmenskultur, die sich dringend ändern muß.

**Und der Knackpunkt:**

Gute Leute haben nun mal ihren Preis, und den sind die Unternehmen

oft nicht bereit zu zahlen. Lieber bestürmen sie die Politik, billigere Arbeitskräfte aus dem Ausland hereinzuholen. Es war eine der zahlreichen Fehlentscheidungen der großen Koalition, bei diesem Lohndumping durch Einwanderung mitzumachen.

Statt immer weiter nach Zuwanderung zu rufen, wären die Politiker gut beraten, endlich eine Qualifizierungsoffensive bei Industrie und Betrieben einzufordern, um arbeitslose Ingenieure wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Wer bereits eine qualifizierte Ausbildung als Ingenieur in einem anderen Fachbereich abgelegt hat, ist leichter zu spezialisieren als jemand, der mit Sprachschwierigkeiten ins Land geholt wird.

## Konvertiten-Fanatismus

**Die Sicherheitsbehörden wissen es schon längst: Die gefährlichsten unter den islamistischen Wirtsköpfen sind deutsche Fanatiker, die zum Islam übergetreten sind. Ein altes anthropologisches Phänomen: Wer neu dabei ist, muß sich und den anderen über besonderen Radikalismus beweisen, daß er dazugehört.**

Daß der verhinderte Terroranschlag einer usbekischen Gruppe von zwei konvertierten Deutschen als Drahtzieher geplant wurde, die in einem pakistanischen Terrorlager geschult worden waren, zeigt aber noch etwas anderes: Es gibt keinen „guten“, „friedlichen“ Islam, der von bösen Islamisten mißbraucht und pervertiert wird, der Islam selbst ist das Problem.

Statt über Selbstverständlichkeiten wie die Bestrafung von Terrorjüngern zu diskutieren, die sich in ausländischen Al-Qaida-Camps herumtreiben, sollten unsere Politiker lieber schleunigst alle Illusionen über einen Dialog mit dem Islam beerdigen. Der Islam paßt nicht in unsere Rechtsordnung und unser Wertesystem.

## Die Mafiosi sind unter uns

**Kalabrien im Ruhrpott: Die Schüsse von Duisburg lenken endlich den Blick auf die wachsende Mafia-Gefahr in Deutschland.**

**Schlimmer als blutige Clan-Fehden ist der wachsende Vormarsch der organisierten Kriminalität in immer mehr Bereichen der deutschen Wirtschaft, in die zum Teil erhebliche Summen von Mafia-Geldern investiert werden.**

Das Europa der offenen Grenzen hat uns zwar die Ausbreitung ethnisch organisierter Verbrechensstrukturen beschert, aber offensichtlich kaum zureichende Instrumente, um diese Bedrohung zu bekämpfen.

Statt wohlfeile Schlagzeilen am laufenden Band zu produzieren, sollte Bundesinnenminister Schäuble sich lieber mit seinen Länderkollegen darum kümmern, daß die deutsche Polizei nicht länger kaputtgespart wird, sondern endlich die erforderlichen Geldmittel, Ausrüstungen und Stellen bekommt, die sie für die bekanntlich besonders personal- und kostenintensiven Ermittlungen gegen die organisierte Kriminalität benötigt.

Daß gerade die kalabresische Mafia in Deutschland fröhliche Urständ feiert, ist im übrigen seit langem bekannt. Man denke nur an den der 'Ndrangheta zugeordneten Don Mario Lavorato, der seinerzeit nicht nur Freundschaft mit dem heutigen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger pflegte, sondern auch wegen seiner Kontakte zur kalabresischen Mafia überwacht wurde.

# Terroristen vor unserer Haustür



**Diesmal haben wir noch Glück gehabt:**

**Dank der hervorragenden Arbeit unserer Polizei wurde im letzten Moment eine islamistische Terrorzelle ausgehoben, die verheerende Anschläge auf Flughäfen und Einrichtungen in Deutschland geplant hatte.**

**Die Terroristen sind unter uns, vor unserer Haustür – das kann niemand mehr leugnen.**

Mit den Konsequenzen tut sich die Politik schwer. Unionspolitiker überbieten sich mit der Forderung nach Regelungen für alle möglichen unwahrscheinlichen Szenarien: Verteidigungsminister Jung will eine Ermächtigung fürs Abschießen gekapertter Flugzeuge, Innenminister Schäuble warnt vor Atom-Anschlägen, Bayerns Beckstein sieht gar eine Bedrohung durch Sprengstoffschiffe und will deswegen die Bundesmarine im Inneren einsetzen.

Alles, was den Unionsexperten zum Thema Islam-Terror einfällt, sind Horrorszenarien, mit denen sie die weitere Einschränkung bürgerlicher Freiheiten begründen wollen. Auf das Naheliegende kommt, mit Absicht wohl, niemand: Der Terror gedeiht in den islamischen Subkulturen und Parallelgesellschaften, die wir leichtfertig in unser Land gelassen haben.

Wer den Terror wirksam austrocknen will, muß deshalb zuerst die Einwanderungspolitik ändern, keine Muslime mehr ins Land lassen, keine Moscheen und Schulungszentren mehr genehmigen, die vorhandenen schließen, wann immer dort Terror und Gewalt gepredigt werden, und die islamischen Wirtsköpfe schleunigst nach Hause schicken.

## Kommentar ...

# Faule Wahlkampfblüten

**Die SPD behauptet, sich für die „Gleichberechtigung der Frauen“ einzusetzen. Auch die Grünen machen uns seit Jahren weis, daß das ihr Hauptziel sei.**

Gemeinsam jedoch machen sie sich stark für noch mehr Zuwanderung – vor allem von Muslimen. Das bedeutet: Unterdrückung der Frau, Kopftuchzwang, getrennte Badetage in öffentlichen Badeanstalten, Mädchen dürfen keine Klassenreisen mitmachen, der Arzt darf kein Mann sein, Mädchen dürfen möglichst nur in Begleitung von Vätern oder Brüdern auf die Straße usw. usf.



Mit anderen Worten: Unterdrückung der Frauen auf der ganzen Linie. Schließlich darf nach dem Koran der Mann sein Weib sogar prügeln, wenn er es für richtig hält.

Damit nicht genug, fordern SPD, Grüne und Linke immer öfter das kommunale Ausländerwahlrecht. Solange die integrationsfeindlichen islamischen Parallelgesellschaften in Deutschland weiter wachsen, kann das für deutsche Frauen in letzter Konsequenz auch Rückschritt ins Mittelalter bedeuten, oder gar Schleierzwang.

**Wie lange wollen wir Frauen uns also noch für dumm verkaufen lassen? Wann erkennen wir endlich, daß SPD, Grüne und auch FDP mit der Gleichberechtigung der Frauen nur auf Stimmenfang ausgehen? Wenn uns Frauen das nicht bald bewußt wird und wir dies in unserem Wahlverhalten bei den nächsten Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen nicht endlich zum Ausdruck bringen, werden wir vielleicht eines Tages im Dunkel des Tschador viel Zeit haben, darüber nachzudenken.**

## Satire

## Michel meint

...



Des Menschen Geist scheint oft verwirrt,  
wenn er sich in der Richtung irrt,  
doch diese ist, wie oft im Leben,  
durch falschen Einfluß vorgegeben.  
Besonders in der Politik,  
verhindert dies oft klaren Blick.  
Es scheint so durchaus angebracht,  
daß man sich da Gedanken macht,  
und allgemein sind die ja frei,  
so wäre also nichts dabei,  
wenn diese patriotisch wären,  
doch muß man da ganz schnell erklären,  
daß hier der Freiheit Ende ist,  
da wird wohl Demokratie vermisst.  
Schwuppdwupp wird einem klar,  
welch ein Trugschluß dies wohl war.  
Auch wenn es viele noch nicht ahnen,  
es flattern doch viel rote Fahnen,  
wenn man die Szene so betrachtet,  
und auch auf Kleinigkeiten achtet.  
Doch Michel wähnt sich ja geborgen,  
ihn plagen da ganz and're Sorgen.  
Die Rechten sind's, die Kummer machen,  
wär's nicht so ernst, man müßte lachen.  
Ein einzig' Wort, das unbedacht,  
die Runde in den Medien macht,  
und schon kannst Du Dein Päckchen schnüren,  
drum laß Dich ja nicht mal verführen,  
ein Wort von früher zu verwenden,  
es könnte übel für Dich enden.  
Auch laß Dich nicht mit Fremden ein,  
es könnt' Dein eig'ner Schaden sein,  
denn wie es die Erfahrung lehrt,  
hält man so oft, und das vermehrt,  
den Deutschen für den Übeltäter,  
obwohl da früher oder später,  
meist alles anders sich verhält,  
doch wird posaunt in alle Welt,  
es waren Rechte, sprich Radikale,  
ja lieber Michel das ist wohl das Fatale.  
Du kannst der größte Nichtsnutz sein,  
fügst Du Dich in die Reihen ein,  
die ständig nur nach Freiheit schreien  
und anderen es nicht verzeihen,  
wenn diese and'rer Meinung sind,  
die dreh'n ihr Fähnchen nach dem Wind.  
Jedoch die meisten Rechten sind zu seh'n,  
für die, die links und nah am Abgrund steh'n!



## Paolo Pinkel bei der Polizei

Michel Friedman ist wieder bei der Polizei zu Gast. Nein, nicht als Verdächtiger, weil er sich wieder mal mit Kokain und ukrainischen Prostituierten eingelassen hat. Sondern ganz offiziell als Gastredner bei der Deutschen Polizeigewerkschaft in Berlin.

Ein Schlag ins Gesicht, finden nicht nur die bayerischen Polizeibeamten, die unter dem Motto „Kein Schnee im September“ gegen die skandalöse Einladung der Gewerkschaft protestierten. Jeden Polizeibeamten hätte man sofort aus dem Dienst entfernt, wenn er sich so kapitale Vergehen wie Friedman geleistet hätte. Die Kollegen sind entsetzt über die Instinktilosigkeit der Gewerkschaftsführung, die auch noch jede Kritik unter den Teppich zu kehren versucht hat. Wieder einmal zeigt sich, daß abgehobene Gewerkschaftsfunktionäre als Vertreter von hart arbeitenden Menschen, die täglich den Kopf hinhalten, halt doch nicht geeignet sind.

## „Hetzjagd“ als Nationalsport

Die Jagdsaison ist wieder eröffnet. Erst die angebliche „Hetzjagd“ auf Inder in Mügeln, jene eskalierte Bierzeltschlägerei, die den politisch korrekten Gesinnungskommissaren und Naziriechern als Anlaß für eine Medien-Hetzjagd auf eine sächsische Kleinstadt und ihren Bürgermeister gerade recht kam.

Dann der Rauswurf von Eva Herman als NDR-Moderatorin nach einer diffamierenden Medien-Hinrichtung – nicht wegen einer einzelnen, böswillig mißverstandenen Formulierung, sondern wegen ihrer konservativen Ansichten zu Ehe, Familie und Mutterschaft, mit denen sie sich den unversöhnlichen Haß der feministischen Ideologen-Seilschaften zugezogen hat.

Und schließlich kam noch der Kölner Kardinal Meisner ins Visier. Weil er keine Rücksicht auf linke Denkverbote nimmt, haben die Gesinnungswächter ihn schon lange auf der Abschußliste. Da kam ein einzelnes, aus dem Zusammenhang gerissenes Wort in einer wohlausgewogenen Rede gerade recht, um wieder mal die Nazikeule auszupacken.

Drei Beispiele für den bedenklichen Stand der Meinungsfreiheit in Deutschland. Die Tendenz, unbecommene Debatten mit Totschlagargumenten im Keim zu ersticken und jeden, der vom linken Mainstream abweicht, mit Diffamierungskampagnen mundtot zu machen, bedroht unsere Demokratie. **Wehret den Anfängen!**



Volkssport Hetzjagd

## Unbeeindruckt von gewaltbereiten Linksfaschisten

Viel Feind, viel Ehr: Sogar die „Bundesbetroffenheitsbeauftragte“ persönlich, die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth, hatte Mainz anlässlich des Europa-Kongresses der Republikaner mit ihrer Anwesenheit beglückt. Natürlich nur, um ihr scheinheiliges Gutmenschen- und Lichterkettenritual abzuspulen und vor angeblichen „Rechtsextremisten“ zu warnen.



Der Bundesvorsitzende der Republikaner Dr. Rolf Schlierer gab die gebührende Antwort: „Die Hetztiraden von Frau Roth beschmutzen das Ansehen von Mainz, nicht das Treffen europäischer Demokraten.“ Die Teilnehmer des Kongresses seien verantwortungsbewußte Bürger, die zu Aufbau und Erhalt der freiheitlich-demokratischen Ordnung beitragen.

Was man von dem schillernden Demonstranten-„Aktionsbündnis“ von Linken, Linksextremen und sog. „Antifa“ nicht unbedingt sagen kann. JuSos, SPD und Gewerkschaften, die gemeinsame Sache mit „gewaltbereiten Linksfaschisten“ machten, müßten sich selbst nach ihrem Verhältnis zur Gewalt fragen lassen, sagte Schlierer.

Von Schikanen, wie der politisch motivierten Absage einer Cateringgesellschaft, ließen sich die Republikaner ihren Europa-Kongreß nicht verderben: Die Bewirtung wurde, ebenso wie der gesamte Ablauf der Großveranstaltung, zu der nur gemeldete Teilnehmer Zutritt hatten, vom Team der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Uschi Winkelsett in hervorragender Weise selbst organisiert.

Absender nicht vergessen !

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefonnummer

- Ich wünsche weitere Informationen.
- Ich möchte Mitglied werden.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.

## Nutzen Sie Ihren Informationsgutschein!



Einfach ausschneiden, ausfüllen, einkuvertieren und absenden an folgende Adresse:

**DIE REPUBLIKANER**  
Bundesverband  
Postfach 5201 29  
48087 Münster

## Spendenkonto:

Postbank Dortmund  
Konto-Nr. 387 450 460  
BLZ: 440 100 46

## SO ERREICHEN SIE UNS:



Telefon: (0 18 05) 737-000

Telefax: (0 18 05) 737-111

E-Mail: [info@rep.de](mailto:info@rep.de)[www.rep.de](http://www.rep.de)

## Impressum

DIE REPUBLIKANER, Bundesverband  
Postfach 8702 10, 13162 Berlin  
Telefon (0 18 05) 737-000 (14 ct./min.), Fax (0 18 05) 737-111 (14 ct./min.)  
E-Mail: [info@rep.de](mailto:info@rep.de), Internet: [www.rep.de](http://www.rep.de)  
V.i.S.d.P.: U. Winkelsett